

MITTEILUNGSVORLAGE

| | | | |
|--|--------------------------------|------------------|-------------------------------|
| | | | Vorlage-Nr.: M 14/0163 |
| 701 - Fachbereich Entsorgung und Straßenreinigung | | | Datum: 04.04.2014 |
| Bearb.: | Herr Jens-Peter Stödter | Tel.: 729 | öffentlich |
| Az.: | 701-Herr Stödter/Ju | | |

| Beratungsfolge | Sitzungstermin | Zuständigkeit |
|------------------------|-------------------|-----------------|
| Umweltausschuss | 21.05.2014 | Anhörung |

Pfandringe für mehr Menschenwürde

Hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.03.2014

In der Sitzung des Umweltausschusses am 19.03.2014 stellte Herr Goetzke für die Partei Bündnis 90 / Die Grünen folgenden Antrag:

„Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, an welchen Standorten und zu welchen Kosten Pfandringe nach Bamberger Muster an öffentlichen Mülleimern installiert werden können, und dem Ausschuss die Ergebnisse in der nächsten Sitzung vorzulegen“

Hierzu nimmt das Betriebsamt wie folgt Stellung:

Die Anschaffung von sogenannten „Pfandringen“ für Straßenpapierkörbe wird in der Regel mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten begründet.

Zu den ökologischen Aspekten:

Hierfür wäre eine Ökobilanz zu erstellen, bei der die Verbrennung von Pfandflaschen im Restmüll (unter den kontrollierten Bedingungen einer Müllverbrennungsanlage) der Herstellung der Pfandringe (einschließlich der Produktion von Edelstahl und Lacken hierfür) gegenüber gestellt würde. Eine solche Berechnung übersteigt die Möglichkeiten des Betriebsamtes.

Zu den ökonomischen Aspekten:

Eine Kosteneinsparung durch Reduzierung des Müllaufkommens würde erst eintreten, wenn die Kosten für die Anschaffung, Anbringung, Wartung und Pflege des Pfandrings geringer sind als die Kosten für die Entsorgung der fälschlich über den Straßenpapierkorb entsorgten Pfandflaschen. Bei einem Anschaffungspreis von mindestens 200 Euro je Ring sowie Entsorgungskosten von knapp 150 Euro / Tonne Restabfall (einschließlich Umschlag und Transport) müssten also pro Pfandring eine oder mehrere Tonnen Pfandflaschen aus dem Restmüll gezogen werden, damit sich die Anschaffung aus wirtschaftlicher Sicht rechnet.

Zu den sozialen Aspekten:

Als Anlass für die mögliche Anschaffung von Pfandringen wird insbesondere die Absicht genannt, das Dosen- und Flaschensammeln „menschwürdiger“ zu gestalten. Insbesondere soll bedürftigen Menschen erspart werden, dass sie im Müll anderer Leute wühlen.

| | | | | | |
|-------------------|-----------------------|---------------|--|---------------------|-------------------|
| Sachbearbeiter/in | Fachbereichsleiter/in | Amtsleiter/in | mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11) | Stadtrat/Stadträtin | Oberbürgermeister |
| | | | | | |

Abwägung von Alternativen:

Alternativ zu den vorgeschlagenen Pfandringen wurden in verschiedenen Städten auch umgebaute Getränke-(Pfand)-Kisten an installiert. Diese haben sich aber nach einschlägigen Erfahrungsberichten offenkundig nicht bewährt, da sie zumeist aus Kunststoff hergestellt und entsprechend anfällig für Vandalismus sind. (Zitat: „*Leider waren sie sehr schnell kaputt und etwas wackelig*“.)

Eine Zeitungsleserin machte zwischenzeitlich auch den Vorschlag, statt der Pfandringe lieber preisgünstigere Fahrrad-Gepäckkörbe zu verwenden. Dies erscheint jedoch weniger sinnvoll, da

- nicht auf den ersten Blick erkennbar ist, dass diese Installationen zum Abstellen von (Pfand-) Flaschen gedacht sind und die relativ große, weite Öffnung eher zum Ablegen von Müll jeglicher Art einlädt
- die Fahrradkörbe an Laternenmasten oder Papierkörben nur schwer zu befestigen sein dürften und entsprechend wackelig hängen würden, zu Vandalismus einladen und durch die wenig professionelle Aufmachung auch nicht zur Verbesserung des Stadtbildes beitragen.

Auswahl möglicher Standorte:

Eine Installation von Pfandringen erscheint – wenn überhaupt – vorrangig dort sinnvoll, wo regelmäßig in nennenswerter Zahl Pfandflaschen in den Müll geraten. Dies dürfte vor allem dort geschehen, wo ohnehin größere Mengen Abfall zusammenkommen. Die Kriterien zur Auswahl von möglichen Standorten wären nach Ansicht des Betriebsamtes daher:

- starke Frequentierung durch eine größere Zahl von Passanten
- Einkaufsmöglichkeit für Getränke (Kiosk o.ä.) in unmittelbarer Nähe
- leichte Zugänglichkeit (also am Straßenrand, nicht in Grünanlagen, auf Spielplätzen etc.)
- helle, übersichtliche Standorte, um möglichem Vandalismus entgegen zu wirken

Am ehesten erfüllen die größeren Bushaltestellen mit mehreren Buslinien und Umsteigemöglichkeiten diesen Kriterien:

- Busbahnhof Glashütte
- Busbahnhof Garstedt / am Herold Center
- Busbahnhof Norderstedt Mitte
- Bushaltestelle am Harksheider Markt

Rechnet man zunächst einmal 2 – 3 Pfandringe je Standort, so wäre eine Beschaffung von etwa 10 Pfandringen erforderlich. Hierfür würden laut unverbindlichem Angebot des Herstellers Kosten in Höhe von etwa 2000 Euro (bei Pfandringen für die in Norderstedt sehr häufig genutzten Straßenpapierkörbe vom Modell „HH 2000“) entstehen, zuzüglich Konstruktionsaufwand und Versand (*siehe Anlage*).

Hinzu kämen die Personalkosten für das Anbringen der Pfandringe sowie für regelmäßige Kontrollen auf Akzeptanz, Fehlnutzung oder gar zusätzlichen Reinigungsaufwand zumindest in der Anfangsphase.

Es soll aber nicht unerwähnt bleiben, dass in der Praxis auch eine ganze Reihe von Gegenargumenten und Vorbehalten geäußert wurde, die die Sinnhaftigkeit von Pfandringen durchaus in Frage stellen:

1. In jeder Stadt, so auch in Norderstedt, gibt es die verschiedensten Modelle von Straßenpapierkörben. Entsprechend wären auch unterschiedliche Pfandringe, zum Teil in Einzelanfertigung, zu erwerben und zu bevorraten.
2. Viele Straßenpapierkörbe eignen sich technisch nicht für das Anbringen von Pfandringen, weil hierdurch das Leeren der Körbe erschwert oder unmöglich gemacht würde. Dies gilt

- insbesondere für Behälter, die zum Entleeren über Kopf ausgeschüttet werden müssen.
3. Bei manchen Standorten wäre die Anbringung gegebenenfalls mit den Eigentümern der angrenzenden, frei zugänglichen Privatflächen abzustimmen, z.B. Abgrenzung Busbahnhof Garstedt / U-Bahn-Station Garstedt / Herold Center.
 4. Das Anbringen von Pfandringen schließt nicht aus, dass auch weiterhin Pfandflaschen in die Abfallbehälter geworfen werden, teils aus Unkenntnis, teils aus Desinteresse der entsorgenden Person. Es ist daher anzunehmen, dass viele bedürftige Personen trotz Pfandringes weiter im Papierkorb wühlen werden.
 5. Bei offener Präsentation von Pfandflaschen in Pfandringen ist die Verlockung groß, dass auch andere Personen (Schulkinder, „professionelle“ Sammler usw.) die nun leicht zugänglichen Flaschen mitnehmen und sie so den bedürftigen Personen entziehen.
 6. Es ist regelmäßig zu erwarten, dass neben den Pfandflaschen auch pfandfreie Flaschen abgestellt werden, siehe auch entsprechende Ansammlungen neben den Rücknahmeautomaten in den zahlreichen Lebensmittelgeschäften – obwohl dort das Personal teilweise mehrfach täglich neben dem Automaten abgestellte Einwegflaschen abräumt.
 7. Offen abgestellte Flaschen könnten zum Vandalismus, insbesondere zum Zerschlagen von Glasflaschen, anregen.
 8. Von nicht vollständig entleerten, offen abgestellten Flaschen kann eine erhebliche Gefahr ausgehen. Sei es, dass Kinder die abgestellten Reste trinken, sei es, dass insbesondere im Sommer Wespen und andere Tiere angelockt werden.
 9. Bei den Filmen im Internet ist zu erkennen, dass die nicht vollständig entleerten Flaschen von den Sammlern offen auf den Boden neben den Abfallbehältern entleert werden. Dies ist nicht nur unhygienisch und steigert den Reinigungsbedarf durch städtische Mitarbeiter, sondern steigert das Risiko durch Wespen weiter. Im Einzelfall ist nicht auszuschließen, dass wegen der angelockten Wespen Straßenpapierkörbe weitgehend unzugänglich sind, so dass der Abfall statt im Behälter irgendwo im Umfeld abgelegt wird.

Aus diesen Gründen wird das Anbringen von Pfandringen von der weit überwiegenden Mehrzahl der Städte und Gemeinden, die sich bislang mit dieser Thematik befasst haben, abgelehnt. Siehe hierzu auch Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart vom 18.01.2013 oder Ergebnis der Städteumfrage im Bereich des VKU-Fachausschusses Straßenreinigung.

Das Betriebsamt der Stadt Norderstedt empfiehlt daher, in Norderstedt von der Einführung von Pfandringen (auch auf Probe) abzusehen und zunächst die Erfahrungen anderer Städte abzuwarten.

Anlagen:

- Unverbindliches Angebot von Hr. Ketz / product, object & conceptdesign
- Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart
- Ergebnis der Städteumfrage des VKU-Fachausschusses Straßenreinigung